



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses  
am 02. Februar 2011  
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

---

**Vorsitz :**

**Torsten Tollebeek**

Anwesende Ausschussmitglieder:  
Ferner anwesend:  
Tagesordnung:  
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1  
siehe Anlage 2  
siehe Anlage 3  
siehe Anlage 4

**Beginn (öffentlicher Teil): 17:10 Uhr**  
**Beginn (nicht öffentlicher Teil): 20:40 Uhr**

**Ende: 20:40 Uhr**  
**Ende: 21:00 Uhr**

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 48/10, 01/11,  
02/11 + NÖ, 03/11

(Drucksachenband 156)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

## öffentliche Sitzung

### 0001      Tagesordnung

1. Der Tagesordnung der heutigen Sitzung werden folgende Punkte mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit zugesetzt:

- 10-F-03-0041              EXPO-REAL
- 11-V-14-0001              Ersatzneubau Veranstaltungshalle kuk - Plausibilitätsprüfung
- 11-V-41-0006              Ersatzneubau Veranstaltungshalle kuk
- 11-V-41-00011             Sonderzuschüsse

2. Die Sitzungsvorlage 11-V-41-0005 - Situation freie Bühnen - wird von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abgesetzt, weil die Entscheidung über die Gewährung von Zuschüssen nicht der jetzt amtierenden Stadtverordnetenversammlung, sondern der neu gewählten obliegen soll (s. dazu Stellungnahme der Kämmerei zu dieser Vorlage). Die Magistratsentscheidung wurde lediglich falsch protokolliert.

3. Ansonsten werden keine Bedenken gegen die Tagesordnung erhoben.

Einstimmig

### 0002      11-V-41-0005

Situation der freien Bühnen und Theaterinitiativen

sehe dazu vorg. Punkt unter 2.

Einstimmig

### 0003      Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 01.12.2010 wird genehmigt.

Einstimmig

**Die Punkte unter den Beschlussnummer 0004 bis 0025 werden ohne Aussprache abgestimmt:**

### 0004      10-F-03-0019

Vergaberichtlinien für Konjunkturpakete  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.10.2010 -

Einstimmig

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 02. Februar 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

0005 10-F-03-0042

Kosten Wivertis / Umstellung auf Doppik  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion von Bündnis 90/Die Grünen vom 18.11.2010 -

Einstimmig

0006 10-F-02-0028

Serviceleistungen Wivertis/PIWI  
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 12.10.2010 -

Einstimmig

0007 10-V-20-0065

Bericht über die Eigenbetriebe und Mehrheitsbeteiligungen der Landeshauptstadt  
Wiesbaden 2009

Einstimmig

0008 11-V-52-0003

Neubau eines Kunstrasens auf dem Sportplatz Naurod

Einstimmig

0009 10-V-63-0016

Gesetz über die Förderung rationeller und umweltfreundlicher Energienutzung und die  
Durchführung des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes in Hessen (Hessisches  
Energiegesetz - HEG)

Einstimmig

0010 11-V-66-0201

Ausbau des Parkplatzes am Schloss Freudenberg

gegen BLW, Enth. Grüne

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 02. Februar 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

**0011 10-V-66-0313**

Fahrbahndeckenprogramm in Wiesbaden und AKK 2011

Einstimmig

**0012 10-V-66-0245**

"Am Schloßpark" in Wiesbaden-Biebrich, 2. Bauabschnitt; - Grundinstandsetzung -

Einstimmig

**0013 10-V-64-0007**

Fortführung des Projektes " Ausbau des Energiemanagements bei der Landeshauptstadt Wiesbaden " - Bereitstellung von zusätzlichem Personal

Einstimmig

**0014 10-V-51-0024**

Ausbau Kindertagespflege

Einstimmig

**0015 10-V-51-0038**

" Soziale Stadt Biebrich-SüdOst "; Neugestaltung des Rheinufers, Planung und Umsetzung

Einstimmig

**0016 10-V-51-0054**

Erweiterung der Betreuenden Grundschule, Pavillons der Gustav-Stresemann-Schule

Einstimmig

**0017 10-V-70-0009**

Überarbeiteter Wirtschaftsplan 2011

Einstimmig

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 02. Februar 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

0018 11-V-40-0001

Neubau und Generalsanierung der Joseph-von-Eichendorff-Schule; Genehmigung von Kosten gedeckt durch die Schulbaupauschalen 2008 - 2010

Einstimmig

0019 10-V-40-0047

Erhöhung der Schulbaupauschale 2009; teilweise Verwendung des Erhöhungsbetrages

Einstimmig

0020 10-V-40-0048

August-Hermann-Francke-Schule - Grundsatzvorlage für den Abriss und Ersatzbau der Turnhalle / Aula -

Einstimmig

0021 07-A-19-0022

Empfehlungsprotokolle der Betriebskommission der ELW und der TriWiCon

Einstimmig

0023 10-V-20-0067

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 3. Quartal 2010

Einstimmig

0025 10-V-80-8024

Projekte Beschäftigungsförderung

Einstimmig

---

0027 11-V-07-0001

Finanzierung zusätzlicher Salzmengen für die Winterperiode 2010/2011

## Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 02. Februar 2011

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Stadträtin Zeimetz bestätigt, dass bisher 3,8 t Streusalz verbraucht wurden und anderen Kommunen ausgeholfen werden konnte.

Die Angelegenheit hat zunächst ihre Erledigung gefunden.

Einstimmig

**0028            10-F-02-0027**

Salz- und Streugutvorrat für den kommenden Winter  
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 13.10.2010 -

s. vorgenannte Sitzungsvorlage

Einstimmig

**0029            10-V-08-0009**

Inklusive Bildung - Modellvorhaben "Erweiterung des Gemeinsamen Unterrichts mit dem Ziel der Umsetzung des freien Elternwahlrechts"

Stv. Reiß weist auf unterschiedliche Zahlen in Bezug auf Sozialarbeiterstellen und Personalkosten hin. Stadträtin Scholz erklärt, dass Mittel, die nicht ausgegeben werden, sozusagen als Sparbuch dienen.

gegen BLW

### Die Anträge zu den Gutachten Dr. Horst Schmidt Kliniken werden gemeinsam beraten.

**0030            11-F-01-0001**

Gutachten zu den Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.01.2011 -

Stv. Gerich begründet den Antrag der SPD, Stv. Gaedeke begründet den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen.

Stv. Gerich hält es für merkwürdig, dass der OB über die Kämmerei ein Gutachten in Auftrag gibt, dass aber die HSK finanzieren muss. Man belastet also eine hoch defizitäre Klinik weiter mit Kosten. Er geht davon aus, dass das Gutachten mehr als 16 Seiten umfasst und fragt sich, warum das gesamte Gutachten nicht dem Aufsichtsrat der HSK zur Verfügung gestellt wurde. Er fordert höchst mögliche Transparenz. Gab es z. B. eine Ausschreibung vor Beauftragung des Gutachtens?

Wie kam das Gutachten zu Stande und welche Qualität musste das Büro nachweisen?

Stv. Gaedeke erklärt, dass sich der Antrag z. T. auf Presseberichterstattung bezieht.

## Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 02. Februar 2011

|                |                 |  |
|----------------|-----------------|--|
| Beschl.<br>Nr. | Vorlagen<br>Nr. | Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO |
|----------------|-----------------|--|

---

Die Begründung, man habe bei dem Gutachten das günstigste Angebot genommen, reiche nicht aus. Sie hätte gern den Ausschreibungstext gesehen. Sie erwartet ebenso wie Stv. Gericht, das gesamte Gutachten vorgelegt zu bekommen.

Für Punkt 2 des Antrages ist der Revisionsausschuss eigentlich nicht der richtige Ausschuss, aber sie möchte diesen Punkt mit beschlossen haben.

Stv. Wieltch geht davon aus, dass das günstigste Angebot ja nicht das billigste gewesen sein müsse. Nach dem günstigsten zu suchen, sei legitim, aber nicht nur das Geld, sondern auch die Befähigung des Gutachters zu prüfen wäre wichtig.

Oberbürgermeister Dr. Müller hält das Gespräch für dringend nötig. Es seien 2 Ebenen zu berücksichtigen: 1. das Verfahren/die Vergabe und 2. der Inhalt.

Er betont, dass er die HSK als kommunales Krankenhaus erhalten möchte. Er will ausdrücklich auch die Zusammenarbeit mit Hochschulen beibehalten (ebs, Rhein/Main und alle anderen).

Er erklärt zum Sachverhalt:

Die Dezernate I und III führen monatlich Gespräche mit der Geschäftsleitung der HSK. Zum ersten Mal aufgeschreckt sei man beim Jahresbericht 2009 - da seien die Planungsverluste nicht geringer geworden. Wenn man diesen Typ von Klinik erhalten wolle, müsse man alles Erdenkliche dafür tun. Nach den heutigen Zahlen ist das Ziel 2010 nicht erreicht, aber er kenne den Abschluss noch nicht. Nach zahlreichen Gesprächen sollte eine externe Ursachenanalyse folgen, die der Magistrat auch so beschlossen hat.

Es gibt nichts zurückzuhalten, man brauche eine richtige Analyse. Es sei auch schon Einiges passiert - es wurde z. B. die Führungsstruktur geklärt.

Zu den Fragen der SPD: Seit 2007 seien 3 Gutachten vergeben worden, die einmal 30.500 €, einmal 30.100 € gekostet haben. Das Dritte sei annähernd so teuer, wie es in der Presse beschrieben wurde. Er kann nicht nachvollziehen, warum das Ganze ein Geschmäcke haben sollte. Eine transparente Analyse sei wichtig. Er könne sich z. B. auch eine Umlage für solche Gutachten vorstellen, man könne jedenfalls nicht einfach zuschauen.

Auf Nachfrage von Vors. Tollebeek erklärt Herr Oberbürgermeister Dr. Müller, dass es sich bei dem Gutachten um kein gebundenes Stück Papier handele, sondern um eine Präsentation. Der Aufsichtsrat könne das Gutachten auf jeden Fall bekommen. Die Weiterleitung an den Revisionsausschuss müsse mit der HSK geklärt werden.

Vors. Tollebeek schlägt vor, den Magistrat zu bitten, als Beteiligungsgesellschaft bei der HSK nachzufragen.

Stv. Wieltch hält die Kostenweiterbelastung auf die HSK für legitim. Er weiß aber auch, was in Prüfungsgesellschaften usw. los ist, meistens werde Personalabbau nahe gelegt. Es müsse Bewegung in die internen Strukturen kommen. Die medizinischen Leistungen seien in der HSK sicher nicht schlecht, aber die Organisation müsse geprüft werden.

Oberbürgermeister Dr. Müller weist darauf hin, dass alles, was vorher geliefert wurde, zum keinem Ergebnis geführt hat. In den letzten Jahren habe man eine Menge Gutachten an die ebs vergeben - dort gäbe es Sachverstand.

Auf Nachfrage von Stv. Gaedeke teilt Oberbürgermeister Dr. Müller mit, dass das Gutachten der Landeshauptstadt Wiesbaden und der HSK gehöre. Man habe selber nicht die Kapazitäten, alles ständig zu kontrollieren. Die Geschäftsführung, die Mitarbeiter/innen und die Ärzte/innen müssten

## Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 02. Februar 2011

|         |          |  |
|---------|----------|--|
| Beschl. | Vorlagen | Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO |
| Nr.     | Nr.      |  |

---

zusammenarbeiten. Vielleicht brauche man auch andere Wege, man müsse einfach in alle Richtungen schauen.

Stv. Gerich bittet um Ergänzung, was von Seiten der HSK in Auftrag gegeben wurde. Warum gebe es keine neuen Erkenntnisse? Hat man vorher die falschen Gutachter gehabt?

In Bezug auf den Begriff Geschmäcke teilt er mit, dass das nicht heißen sollte, dass Gutachten außerhalb der Gremien vergeben wurden. Die HSK sei kein kleiner Betrieb und man bezweifle, dass BrainNet diese Aufgabe meistern kann. Wenn man einen großen Wurf erwarte, kann dies sicher nicht auf 16 Seiten abgebildet werden.

Er bekräftigt noch einmal den Wunsch, das gesamte Gutachten sehen zu wollen, damit geklärt werden kann, ob das zielgerichtet war.

Er fragt nach, ob die Änderung der Führungsstruktur schon ein Ergebnis des Gutachtens ist.

Oberbürgermeister Dr. Müller berichtet, dass man sich sehr wohl angesehen habe, ob BrainNet ein solches Gutachten erstellen könne. Die mit dem Gutachten beauftragte Ökonomin war vorher Leiterin im Controlling eines Krankenhauses und hat eine große Projekterfahrung.

Herr Emmel wirft ein, dass man Bereiche der Klinik getrennt betrachten muss, nicht die gesamte Klinik.

Stv. Kienast wirft ein, dass es sehr gute Professoren/innen bei der HSK gäbe. Man sei sehr betroffen über die Presseberichte, denn dort arbeiteten fleißige Leute.

Sie möchte wissen, mit welchem Auftrag BrainNet beauftragt wurde und ob die Gutachterin die Umsetzung begleitet.

Lt. Oberbürgermeister Dr. Müller ist noch nichts entschieden.

Auf Nachfrage von Stv. Reiß berichtet OB Dr. Müller, dass es sicher kein Stadium geben wird, in dem es keine Probleme gibt. Wie lange die HSK Zeit haben wird, Empfehlungen umzusetzen oder ob über den Wechsel der Geschäftsführung nachgedacht wird nicht konkret benannt - es gäbe unterschiedliche Meinungen.

Bei der HSK habe sich Einiges geändert, aber jetzt gäbe es neue Probleme. Die HSK habe Kassenkredite erhalten. Ob die Stadtverordnetenversammlung weitere Kredite geben wolle, wird sie entscheiden müssen.

Nach Auffassung von Stv. Wieltch ist ein guter Analytiker nicht unbedingt ein guter Umsetzer. Er habe selber im Bereich Krankenhaus gearbeitet. Man müsse sich klar machen, was die Kernkompetenz der Klinik sei. Vielleicht brauche das Management gezielte Unterstützung.

Oberbürgermeister Dr. Müller bietet an, nicht nur über die Gutachten zu diskutieren, sondern auch über die Lösungsansätze.

Auf Nachfrage von Stv. Volk-Borowski berichtet er, dass es Material darüber gäbe, was zu dem Gutachten geführt habe. Über die Schlussfolgerungen müsse diskutiert werden. Z. B. könnten Overheadkosten in normalen Zeiten ok sein, könnten aber die Ergebnisse verzerren.

Im März/April lägen die Zahlen für 2010 vor - dann könnte man mit der Diskussion beginnen.

Stv. Gaedeke appelliert an alle Fraktionen, sich Gedanken darüber zu machen, in welcher Richtung man Lösungsansätze herbeiführen wolle. Ein kommunales Krankenhaus könne z. B. nicht gegen Schulen ausgetauscht werden.



## Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 02. Februar 2011

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Auf Nachfrage von Stv. Gerich erklärt Oberbürgermeister Dr. Müller, dass noch ein Maßnahmenpaket ausstehe. Wie wirken sich strukturelle und Einmaleffekte auf das Jahresergebnis 2010 aus. Man habe keine historische Betrachtung angestellt.#

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

1. Der Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.01.2011 betr.

Gutachten zu den Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken

hat grundsätzlich durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

2. Der Revisionsausschuss nimmt zur Kenntnis,

- dass alle im Ausschuss vertretenen Fraktionen die HSK als kommunales Krankenhaus der Vollversorgung erhalten wollen und
- dass die Beauftragung der Gutachten nach den üblichen Regeln der Vergabe von Aufträgen bei der Landeshauptstadt Wiesbaden erfolgt ist.

3. Der Magistrat wird gebeten,

- rechtzeitig schriftlich zur nächsten Sitzung des Ausschusses (01.06.2011) zu berichten, ob und wenn ja welche Gutachten neben der Beteiligungsverwaltung von Seiten der HSK (Aufsichtsrat und Betriebsleitung) seit 2007 beauftragt wurden, wer konkret mit der Begutachtung beauftragt wurde und welche Kosten dabei entstanden sind und
- umgehend den Aufsichtsrat der HSK zu bitten, dem Revisionsausschuss das gesamte Gutachten von BrainNet vorzulegen.

4. Auf Anregung des Oberbürgermeisters Dr. Müller wird voraussichtlich im Juni 2011 ein Workshop mit Vertretern des Aufsichtsrates und den Vertretern der im Revisionsausschuss vertretenen Fraktionen zu den beauftragten Gutachten stattfinden. In diesem Rahmen werden signifikante Folgerungen, die sich aus den Gutachten für den Geschäftsbetrieb ergeben, diskutiert werden.

Einstimmig

**0031            11-F-03-0009**

Wirtschaftliche Beratung durch die Fa. BrainNet  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.01.2011 -

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion von Bündnis 90/Die Grünen vom 26.01.2011 betr. hat durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

**0032            11-F-01-0002**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Buchwerte von Grundstücken / Sitzungsvorlage 11-V-80-2306 / Verkauf des Baugrundstücks Haideweg 51 in Wiesbaden-Sonneberg  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.01.2011 -  
Stv. Maaß fragt nach, warum der Buchwert nur 1 € beträgt.

Herr Weber (Amt für Wirtschaft und Liegenschaften) erklärt, dass es genau umgekehrt gewesen sei. Zuerst hätte es den Buchwert gegeben. Eine Teilfläche des Waldes sei dann als Bauland ausgewiesen worden und dadurch im Preis gestiegen. Daraus ergibt sich jetzt ein außerordentlicher Ertrag.

Das Revisionsamt wirft ein, dass es bei der Bewertung der Grundfläche dabei war und der Buchwert so in die Bilanz aufgenommen wurde. Solange das Gelände nicht verkauft werde, ändere sich der Wert nicht.

Der Antrag hat sich durch die Aussprache in der heutigen Sitzung erledigt.

Einstimmig

**0033 10-V-12-0002**

Einrichtung einer Erhebungsstelle für den Zensus 2011

Einstimmig

**0034 10-V-20-0033**

Abschlussbericht über das Projekt " Aufbau einer elektronischen Akte LHW / eGovernment-Labor " ; Beschlussfassung für neue Projektphase " Produktivnahme eAkten LHW "

Herr Kremer hat eine Power-Point-Präsentation vorbereitet, die

- über konkrete Einsparungen im EDV-Bereich,
- über aktuelle zentrale und dezentrale eGovernment- Maßnahmen unter Einbeziehung der hierzu verwandten Budgets der einzelnen Dezernate für eGovernment und IUK-Maßnahmen der LHW,
- über Sinn, Zweck und Ziel von Projekten in der Datenverarbeitung in Gegenüberstellung zu den erwarteten Investitionen,
- Aussagen zum Festhalten an konkreten Projekten,
- über qualitativ und quantitativ messbare Erfolge für die Mitarbeiter/innen und/oder die Bürger/innen und
- darüber, welcher „Gewinn“ ganz allgemein erzielt werden soll und kann informieren sollte.

Der Ausschuss ist mit der Präsentation nicht zufrieden.

Lt. Vors. Tollebeek wollte der Ausschuss wissen, warum es günstiger ist, eAkten einzuführen und was das im Einzelfall kostet. Alles mit der normativen Kraft des Faktischen zu erklären, ist für den

## Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 02. Februar 2011

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Revisionsausschuss schlecht. Man verausgabe schließlich Steuergelder. Man müsse immer schauen, wie man die Aufgaben am kostengünstigsten erledigen könne.

Im Ausschuss sei schon häufig darüber diskutiert worden, wie hoch die Anfangsbeschaffung sei, es fehle aber immer eine Aussage darüber, ob Mitarbeiter/innen eingespart werden könnten. Niemand könne konkret sagen, um wie viel schneller man heute einen Angelschein bekäme oder ob weniger Bäume abgeholzt werden.

Er könne sich vorstellen 500 Mio € für das papierlose Büro auszugeben, wenn man konkret sagen könnte, wann genau dieser Betrag eingespart wird. Ein Benefit müsse sein.

Herr Emmel weist darauf hin, dass seit 2002 rd. 400 Vollzeitstellen abgebaut wurden. Dies sei ohne EDV nicht möglich gewesen.

Lt. Vors.Tollebeek habe man aber auch sicher durch Zusammenlegungen eingespart.

Stv. Wieltch sind die Darstellungen der Einsparungen in der Regel zu dünn. Er möchte schon konkrete Zahlen haben. Das für heute gesteckte Ziel wurde nicht erfüllt. Er weist auf die vielfältigen Themen hin, die früher in der EDV-Prüfgruppe behandelt wurden.

### Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, in der Sitzung des Ausschusses im August 2011 schriftlich zwei Fallbeispiele vorzustellen und anhand dieser Fallbeispiele zu berichten, wie sich Einmalkosten, lfd. Kosten usw. für die Einrichtung von PC-Arbeitsplätzen, Projekten o.ä. (Lizenzen, Wartung, Administration usw.) im Verhältnis zu den erwarteten und bezifferbaren Einsparungen und konkreten Verbesserungen für Bürger/innen und Mitarbeiter/innen darstellen.

Einstimmig

**0035            10-V-20-0061**

Jahresabschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden zum 31.12.2009

Das Revisionsamt wird unabhängig von weiteren Themenbereichen den Jahresabschluss prüfen. Berichtet wird frühestens in der Juni-Sitzung.

Die Fraktionen werden per Beschluss gebeten, Themenbereiche, die noch zusätzlich geprüft werden sollen, innerhalb der nächsten 14 Tage zu konkretisieren.

Einstimmig

**0036            10-F-01-0068**

Druckerzeugnisse der Landeshauptstadt Wiesbaden  
-Antrag der SPD-Fraktion vom 17.08.2010 -

Lt. Stv. Gerich ist die Intension des SPD-Antrages nicht erkannt worden. Man wollte eigentlich einen Prozess anstoßen, damit alle Ämter wissen, wie ein Impressum auszusehen hat und dadurch auch gesetzeskonform handeln.

## Seite 12 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 02. Februar 2011

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Frau Hirsch ist für Wiesbaden-Marketing anwesend und kann auch nur für den Bereich antworten. Von Wiesbaden-Marketing wurden nach Einführung des neuen Wiesbaden-Logos alle Ämter eingeladen, sich danach zu richten.

Eigentlich war angedacht, dass alle Veröffentlichungen über den Tisch von Wiesbaden-Marketing gehen sollten, aber dazu reichen die Kapazitäten nicht aus. Außerdem können die Dezernate selber Aufträge vergeben.

Der Ausschuss bittet den Magistrat,

- die in § 6 des Hess. Pressegesetzes festgelegten Vorschriften zur Verwendung und Gestaltung des Impressums bei städtischen Druckerzeugnissen der Kernverwaltung und allen Beteiligungsgesellschaften nochmals umfassend bekannt zu geben,
- darauf zu dringen, dass die Umsetzung und Einhaltung des Beschlusses von Seiten der einzelnen Dezernate in regelmäßigen Abständen schriftlich überprüft wird und
- im August 2011 dem Revisionsausschuss über die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen schriftlich zu berichten.

Einstimmig

**0037            08-F-25-0117**

Kommunaler Kostenausgleich bei Kita-Gebühren  
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 22.10.2008 -

Herr Jäger ist zu diesem Punkt anwesend und berichtet, dass

- der Magistrat (Dezernat VI) weiterhin alle Forderungen erhebt , die durch Ansprüche auf Erstattungsleistungen nach § 28 HKJBG begründet werden können,
- die Klage der Landeshauptstadt Wiesbaden gegen die Stadt Idstein wieder aufgenommen wurde, um die nach wie vor unklare Rechtslage aufzulösen,
- der VGH Wiesbaden das Ruhen des Verfahrens bis zur Urteilsverkündung in einem gleich gelagerten Verfahren Friedrichsdorf gegen Rossbach beim VGH Kassel angeordnet hat, wobei mit einer Urteilsverkündung bis Juni 2011 gerechnet wird,
- Dezernat VI in einem persönlichen Gespräch mit dem damaligen Minister Banzer die Probleme dieses Landesgesetzes deutlich gemacht hat.
- die Forderungen aus 2007 dadurch gesichert wurden, dass die betroffenen Gemeinden auf die Einrede der Verjährung verzichtet haben. Lediglich Hühnstetten und Niedernhausen haben auf die Einrede nicht verzichtet, die Forderungen wurden hier auf dem Klageweg geltend gemacht.

Einstimmig

| Beschl. Nr. | Vorlagen Nr. | Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO |
|-------------|--------------|--|
|-------------|--------------|--|

---

0038      10-V-51-0040

Ersatzneubau der städtischen Kindertagesstätte Geschwister-Stock-Platz

Stv. Reiß fragt nach, ob man das Provisorium nicht noch weiter verlängern könne, da eine Nutzung der Flächen im Umkreis noch nicht geklärt ist (Rhein-Main-Halle). Man sollte jetzt nichts beschließen, wodurch man sich evtl. für die nächsten 30 Jahre Änderungsmöglichkeiten verbaue.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass der Ortsbeirat anderer Meinung sei und einen Bedarf gäbe es ebenfalls.

Herr Jäger weist darauf hin, dass es nach seinem Kenntnisstand und nach Aussagen der Kämmerei frühestens 2016 einen Neubau der RMH geben soll. Die Integration der Kita in einen Messestandort hätte Vor- und Nachteile. So könnte man z. B. die Kinder der Messebesucher mit betreuen.

Der Ausschuss bittet den Magistrat per Beschluss, bei der weiteren Kosten- und Zeitplanung für die Kindertagesstätte die Neuerstellung der Rhein-Main-Hallen und das Naherholungsgebiet Reisinger-Anlage zu berücksichtigen

Enth. BLW

0039      10-V-36-0036

Sanierung ehemalige Walkmühle, Wiesbaden - Mittelfreigabe für Sanierungsverlängerung

Einstimmig

0048      11-A-19-0001

Sanierung ehemalige Walkmühle - Sachstand

Der Magistrat wird gebeten, zur Nutzung der ehemaligen Walkmühle zu berichten.

Einstimmig

**Die nachfolgenden Punkte zum KuK werden gemeinsam beraten.**

**Zu allen Punkten ergeht der Beschluss, dass durch die Einbringung der Sitzungsvorlagen als Tischvorlagen eine intensive inhaltliche Prüfung nicht möglich war, der Weg in die Fachausschüsse aber ermöglicht werden soll, die Fachausschüsse insbesondere auf die widersprüchlichen Zahlen eingehen mögen und der Revisionsausschuss die Sitzungsvorlagen lediglich zur Kenntnis nimmt.**

0040      11-V-41-0010

| Beschl.<br>Nr. | Vorlagen<br>Nr. | Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO |
|----------------|-----------------|--|
|----------------|-----------------|--|

---

Nutzung des ehemaligen ProMarkts (Mainzer Straße) durch kuk/ Schlachthof e.V.

0041 11-V-14-0001

Ersatzneubau Veranstaltungshalle Kulturzentrum Schlachthof;  
Ergebnisse Plausibilitätsprüfung

0042 11-V-41-0006

Ersatzneubau Veranstaltungshalle Kulturzentrum Schlachthof; Ausführungsvorlage

0043 11-V-41-0011

Kulturzentrum Schlachthof; Sonderzuschuss für den Geschäftsbetrieb in 2011

0044 10-F-03-0041

Kosten EXPO REAL 2010  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.11.2010 -

Einstimmig

0045 Verschiedenes

Hierzu wird das Wort nicht gewünscht.

Einstimmig

### nicht öffentliche Sitzung

0022 07-A-19-0022

Empfehlungsprotokolle der Betriebskommission der ELW und der TriWiCon

Einstimmig

0024 10-V-20-0067

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 3. Quartal 2010

Einstimmig

**0026            10-V-80-8024**

Personelle Unterstützung in Projekten der Abteilung Beschäftigungsförderung im Amt für  
Wirtschaft und Liegenschaften 2011 bis 2014

Einstimmig

**0047            07-A-19-0002**

Bericht der Antikorruptionsbeauftragten

Der folgende mündliche Bericht von Frau Schupp (Antikorruptionsbeauftragte) wird zur Kenntnis  
genommen:

**Eingeführte Punkte:**

Handbuch Korruptionsprävention

Richtlinien für Magistratsmitglieder

Verfügung Personal-/Organisationsamt, Revisionsamt/Antikorruptionsbeauftragte - Umgang bei  
Verdachtsfällen

**In Arbeit:**

Compliance-Richtlinien für städt. Gesellschaften - Abschluss zum Jahresende geplant

**Präventive Maßnahmen (umgesetzt):**

Schulung aller Nachwuchskräfte in Verwaltungsberufen (Nicht-Verwaltungsberufe noch nicht  
abgedeckt)

Allg. Schulungen werden weiterhin durchgeführt z. B. für einzelne Fachbereiche.

**Sonstiges:**

neues Korruptionsbekämpfungsgesetz auf Landesebene liegt im Entwurf vor

statistische Auswertung von Aufträgen läuft noch

AK für Korruptionsprävention in Wetzlar - guter Austausch

**Altfälle**

Bauschuttentsorgung bei ELW - ein weiterer Mitarbeiter hat Geldstrafe erhalten

HSK - anonyme Anzeige gegen Herrn Strehlau - konnte ausgeräumt werden, weitere anonyme  
Anzeige noch in der Prüfung

Bürgerliste Interessenskonflikt SEG - Prüfbericht noch nicht zurück

**Neue Fälle**

Schwarzarbeit auf dem Friedhof (ganz neu)

Stadtpolizei - Verzicht auf Knöllchen - Abmahnung

Private Nutzung von Diensthandys - soweit abgeschlossen

Übergang Bürgerhäuser / Hausmeister Tätigkeiten - noch in der Prüfung

Seite 16 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 02. Februar 2011

|                |                 |  |
|----------------|-----------------|--|
| Beschl.<br>Nr. | Vorlagen<br>Nr. | Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO |
|----------------|-----------------|--|

---

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .03.2011

**Vorsitzender**

**Schriftführerin**

**Weitere Schriftführerin**

Tollebeek

Kienast-Dittrich

Koba